



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



10123/10

(OR. en)

PRESSE 136

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3016. Tagung des Rates

Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung)

Brüssel, den 25./26. Mai 2010

Präsident **Miguel SEBASTIÁN**
Minister für Industrie
Cristina GARMENDIA
Ministerin für Wissenschaft und Innovation
Diego LÓPEZ GARRIDO
Staatssekretär für die Europäische Union

Spaniens

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

10123/10

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Der Rat erzielte eine politische Einigung über einen Verordnungsentwurf zur Aktualisierung der Bedingungen für die **Vermarktung von Bauprodukten** im Binnenmarkt.

Er nahm Schlussfolgerungen zu **sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen** für eine wettbewerbsfähige Automobilindustrie und einen CO₂-ärmeren Straßenverkehr an.

Ferner nahm der Rat Schlussfolgerungen zur künftigen Überarbeitung des **Markensystems** in der EU an.

* * *

Die Forschungsminister führten im Hinblick auf die Junitagung des Europäischen Rates einen Gedankenaustausch über die Festlegung von nationalen **Zielvorgaben für Investitionen in Forschung** und Entwicklung, wie dies in der Strategie für Wachstum und Beschäftigung (Strategie "Europa 2020") geplant ist.

Der Rat erörterte eingehend die Entwicklung des **Europäischen Forschungsraums** (EFR) und nahm diesbezügliche Schlussfolgerungen – auch zur sozialen Dimension des EFR – sowie eine EntschlieÙung zur Gestaltung des EFR an.

Der Rat nahm zudem Schlussfolgerungen über die Möglichkeiten zur Schaffung eines **innovativen Europas** und über die **Vereinfachung von Forschungsprogrammen** an.

* * *

Im Bereich internationale Justiz nahm der Rat ohne Aussprache Schlussfolgerungen zur Konferenz zur Revision des Römischen Statuts des **Internationalen Strafgerichtshofs** an.

INHALT¹

TEILNEHMER	6
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Vermarktung von Bauprodukten.....	9
Automobilindustrie: saubere und energieeffiziente Fahrzeuge – <i>Schlussfolgerungen des Rates</i>	10
Markensystem in der EU – <i>Schlussfolgerungen des Rates</i>	10
Richtlinie über Verbraucherrechte	11
Dienstleistungsrichtlinie: Umsetzung und Evaluierung.....	12
Strategie für Wachstum und Beschäftigung: Zielvorgaben für Forschungsinvestitionen	13
Europäischer Forschungsraum - <i>Schlussfolgerungen und Entschließung des Rates</i>	14
Vereinfachte und effizientere Forschungs- und Innovationsprogramme - <i>Schlussfolgerungen des Rates</i>	14
Schaffung eines innovativen Europas - <i>Schlussfolgerungen des Rates</i>	14
Das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (GMES) und seine ersten operativen Tätigkeiten (2011-2013).....	15
Ostsee-Forschungsprojekt (Programm "BONUS-169")	16
Kernfusion: Versuchsreaktor ITER	17
SONSTIGES	18
Elektromobilität in Europa.....	18
Schiffbau	18
Informelle Tagung der Minister für Tourismus	18
Rechtsrahmen für Glücksspiele und Wetten.....	18
Digitale Agenda für Europa	19

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschließungen vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

Verbraucherbarometer	19
Rechtsvorschriften zur Etikettierung von Textilerzeugnissen	19
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)	20
Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST)	20
Strategisches Forum für die internationale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (SFIC).....	20
Initiative "Herausforderung 2030": Agenda der Bürger für Wissenschaft und Innovation.....	20
Arbeitsprogramm des nächsten Vorsitzes	21

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

- Konferenz zur Revision des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs –
Schlussfolgerungen des Rates
- EU-Mission zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in Guinea-Bissau

JUSTIZ UND INNERES

- Drogenausgangsstoffe: Funktionsweise und Durchführung der EU-Rechtsvorschriften –
Schlussfolgerungen des Rates.....
- Drogen – Mephedron.....

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

- Zusammenarbeit mit dem EWR im Bereich der europäischen öffentlichen Verwaltung.....

GESELLSCHAFTSRECHT

- Verknüpfung von Unternehmensregistern – *Schlussfolgerungen des Rates*.....

LANDWIRTSCHAFT

- Futtermittel und Pestizide - Ausschussverfahren.....

VERKEHR

- EU/Mexiko – Abkommen über Luftverkehrsdienste *.....

ZOLLUNION

- Internationaler Schienengüterverkehr – Verfahren beim Grenzübertritt

HANDELSPOLITIK

- Antidumping – Silicium aus China und Korea 24

ERNENNUNGEN

- Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) 25
- Ausschuss der Regionen 25

TEILNEHMER**Belgien:**

Vincent VAN QUICKENBORNE
Jean-Claude MARCOURT

Benoît CEREXHE

Minister für Unternehmung und Vereinfachung
Minister für Wirtschaft, KMB, neue Technologien,
Außenhandel und Hochschulwesen (Wallonische Region)
Minister der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt,
zuständig für die Beschäftigung, die Wirtschaft, die
Wissenschaftliche Forschung, Handel und Gesundheit

Bulgarien:

Traicho TRAIKOV
Peter STEFANOV

Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Tschechische Republik:

Martin TLAPA

Vlastimil RŮŽIČKA

Stellvertretender Minister für Minister für Industrie und
Handel
Stellvertretender Minister für Bildung, Jugend und Sport

Dänemark:

Charlotte SAHL-MADSEN

Jonas BERING LIISBERG

Ministerin für Wissenschaft, Technologie und Entwick-
lung
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Deutschland:

Anette SCHAVAN
Rainer BRÜDERLE

Bundesministerin für Bildung und Forschung
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Estland:

Tõnis LUKAS
Gert ANTSU

Minister für Bildung und Wissenschaft
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Irland:

Batt O'KEEFFE
Geraldine BYRNE-NASON

Minister für Unternehmen, Handel und Beschäftigung
Stellvertretende Ständige Vertreterin

Griechenland:

Anna DIAMANTOPOULOU

Ioannis PANARETOS

Alexandros FOURLAS
Dimitris SPYRAKOS

Ministerin für Bildung, lebenslanges Lernen und
Glaubensgemeinschaften
Staatssekretär für Bildung, lebenslanges Lernen und
Glaubensgemeinschaften
Generalsekretär
Generalsekretär für Verbraucherfragen

Spanien:

Miguel SEBASTIÁN
Cristina GARMENDIA MENDIZÁBAL
Diego LÓPEZ GARRIDO

Felipe PÉTRIZ

Teresa SANTERO

Minister für Industrie, Tourismus und Handel
Ministerin für Wissenschaft und Innovation
Staatssekretär für die Europäische Union im Ministerium
für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit
Staatssekretär für Forschung im Ministerium für Wissen-
schaft und Innovation
Generalsekretär für Industrie

Frankreich:

Christian ESTROSI
Valérie PECRESSE
Hervé NOVELLI

Minister für Industrie
Ministerin für Hochschulen und Forschung
Staatssekretär für Handel, Handwerk, kleine und mittlere
Unternehmen, Tourismus, Dienstleistungen und Ver-
braucherfragen

Italien:

Giuseppe PIZZA
Vincenzo GRASSI

Staatssekretär für Bildung, Hochschulen und Forschung
Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Zypern:

Zeta EMILIANIDOU
George GEORGIOU

Staatssekretär
Staatssekretär

Lettland:

Artis KAMPARS
Mareks GRUSKEVICS

Minister für Wirtschaft
Staatssekretär, Ministerium für Bildung und Wissenschaft

Litauen:

Dainius KREIVYS
Nerija PUTINAITE

Minister für Wirtschaft
Stellvertretende Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Luxemburg:

Jeannot KRECKÉ
Michèle EISENBARTH

Minister für Wirtschaft und Außenhandel
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Ungarn:

Agnes VARGHA

Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Malta:

Jason AZZOPARDI
Theresa CUTAJAR

Parlamentarischer Staatssekretär
Stellvertreterin des Ständigen Vertreters

Niederlande:

Peter KOK

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Österreich:

Reinhold MITTERLEHNER
Beatrix KARL

Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend
Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung

Polen:

Marcin KOROLEC
Olgiard ROMAN DZIEKOŃSKI

Unterstaatssekretär, Ministerium für Wirtschaft
Unterstaatssekretär

Portugal:

José VIEIRA DA SILVA
José MARIANO GAGO

Minister für Wirtschaft
Minister für Wissenschaft, Technologie und Hochschulen

Rumänien:

Adrian CURAJ

Staatssekretär, Ministerium für Bildung, Forschung,
Jugend und Sport

Cristian BADESCU

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Slowenien:

Jozsef GYÖKÖS

Staatssekretär, Ministerium für Hochschulen, Wissen-
schaft und Technologie

Uroš VAJGL

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Slowakei:

Peter JAVORCIK

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Finnland:

Mauri PEKKARINEN
Katariina POSKIPARTA

Minister für Wirtschaft
Staatssekretärin, Ministerium für Wirtschaft

Schweden:

Ewa BJÖRLING
Jöran HÄGGLUND

Ministerin für Handel
Staatssekretär, Ministerium für Unternehmen, Energie und
Kommunikation

Vereinigtes Königreich:

Vince CABLE
David WILLETS

Minister für Wirtschaft
Staatsminister für Wissenschaft und Innovation

Kommission:

Antonio TAJANI
Viviane REDING
Neelie KROES
Máire GEOGHEGAN-QUINN
Michel BARNIER
John DALLI
Androulla VASSILIOU

Vizepräsident
Vizepräsidentin
Vizepräsidentin
Mitglied
Mitglied
Mitglied
Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

Vermarktung von Bauprodukten

Der Rat hat in einer öffentlichen Aussprache mit qualifizierter Mehrheit eine politische Einigung über einen Verordnungsentwurf zur Aktualisierung der Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten im Binnenmarkt erzielt ([9459/10](#)).

Sobald die rechtliche und sprachliche Überarbeitung des Textes abgeschlossen ist, wird er im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens, das Rat und Parlament einschließt, zur zweiten Lesung an das Europäische Parlament übermittelt.

Mehrere Delegationen und die Kommission haben Erklärungen zu folgenden zentralen Fragen der Verordnung abgegeben:

- Pflicht der Hersteller zur Erstellung einer Leistungserklärung;
- mögliche Auswirkungen der Leistungserklärung für KMU und Kleinstunternehmen sowie Vereinbarkeit dieser Erklärung mit den Grundsätzen einer besseren Rechtssetzung;
- der Leistungserklärung beigefügte Angaben über den Gehalt an gefährlichen Stoffen;
- Anwendungsbereich delegierter Rechtsakte zur künftigen Anpassung der Verordnung an den technischen Fortschritt;
- Möglichkeit der Mitgliedstaaten zur Marktüberwachung in Bezug auf die Leistungserklärung.

Ziel des Verordnungsvorschlags ist es, den bestehenden Rahmen für das Inverkehrbringen von Bauprodukten zu vereinfachen und zu präzisieren, indem die in der geltenden Richtlinie 89/106/EWG vorgesehenen Maßnahmen ersetzt werden, so dass der freie Verkehr von Bauprodukten im Binnenmarkt gewährleistet ist.

Hierzu sollen die Grundbegriffe genauer definiert und die Verwendung der CE-Kennzeichnung klarer geregelt, vereinfachte Verfahren zur Senkung der Kosten für die Unternehmen eingeführt und die Glaubwürdigkeit des gesamten Systems gestärkt werden, indem neue und strengere Kriterien für die Benennung der Stellen eingeführt werden, die zur Bewertung und Überprüfung der Leistungsbeständigkeit von Bauprodukten eingeschaltet werden. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass die Informationen über die Leistung von Bauprodukten genau und zuverlässig sind.

Die künftige Verordnung wird auch dem 2008 verabschiedeten neuen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten Rechnung tragen¹.

Im Anschluss an die Stellungnahme des Europäischen Parlaments in erster Lesung vom April 2009 ([8906/09](#)) hat die Kommission am 20. Oktober 2009 einen geänderten Vorschlag unterbreitet ([14989/09](#)).

Die Kommission hatte ihren ursprünglichen Vorschlag im Mai 2008 vorgelegt; im Dezember 2009 hat der Rat einen Zwischenbericht ([16570/09](#)) zur Kenntnis genommen.

Automobilindustrie: saubere und energieeffiziente Fahrzeuge – Schlussfolgerungen des Rates

Der Rat hat eine Aussprache geführt und Schlussfolgerungen zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen für eine wettbewerbsfähige Automobilindustrie und einen CO₂-ärmeren Straßenverkehr angenommen:

Die Schlussfolgerungen sind im Dokument [10151/10](#) enthalten.

Markensystem in der EU – Schlussfolgerungen des Rates

Der Rat hat Schlussfolgerungen angenommen, mit denen die Kommission bei ihrer laufenden Studie über die künftige Überarbeitung des Markensystems in der EU inhaltlich unterstützt werden soll.

Die Schlussfolgerungen sind in Dokument [9412/10](#) wiedergegeben.

¹ <http://ec.europa.eu/enterprise/policies/single-market-goods/regulatory-policies-common-rules-for-products/new-legislative-framework/>

Richtlinie über Verbraucherrechte

Der Rat hat eine öffentliche Orientierungsaussprache über einen Richtlinienentwurf geführt, durch den das Funktionieren des Binnenmarkts verbessert werden soll und zugleich umfangreiche Rechte der Verbraucher EU-weit gewährleistet werden sollen. Dazu ist vorgesehen, vier bestehende Richtlinien¹ zu überarbeiten und zu ergänzen sowie neue Regelungen für Lieferung und Risikoübergang zu treffen.

Das Ergebnis dieser zweiten Aussprache auf Ministerebene (eine erste Aussprache fand am 3. Dezember 2009 statt) besteht darin, dass bis zur Vorlage der Stellungnahme des Europäischen Parlaments Leitlinien und eine solide Ausgangsbasis für die weiteren Arbeiten vorgegeben werden.

Anhaltspunkt für die Aussprache war ein vom Vorsitz erstellter Fragenkatalog ([9480/10](#)).

Die Minister haben sich mit den wichtigsten politischen Aspekten des Vorschlags befasst, nämlich insbesondere mit dem allgemeinen Grundsatz der Richtlinie, ein Höchstmaß an Harmonisierung zu erreichen, und dem Grad der Harmonisierung bei der Information der Verbraucher, dem Widerrufsrecht sowie den Garantien (Kapitel II bis IV des Vorschlags) im Falle von Vertragsabschlüssen im Fernabsatz (einschließlich der außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträge) bzw. im Falle von persönlich geschlossenen Verträgen.

Alle Delegationen unterstützten das Ziel eines aktualisierten, klaren und einheitlicheren Regelwerks, das die Rechte der Verbraucher beim Kauf von Waren und bei Dienstleistungen festlegt und damit zu einem ordnungsgemäß funktionierenden Binnenmarkt und einem hohen Verbraucherschutz beiträgt.

Im Kommissionsvorschlag ([14183/08](#)) vorgesehen sind das Informations- und Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen, das Recht auf Rückzahlung bei Vertragskündigungen aufgrund von Lieferverzug sowie auf Abhilfe bei mangelhaften Waren. Außerdem werden missbräuchliche Vertragsklauseln verboten.

¹ Richtlinie 85/577/EWG über außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge, Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, Richtlinie 97/7/EG über Vertragsabschlüsse im Fernabsatz sowie Richtlinie 1999/44/EG über den Verbrauchsgüterkauf und Garantien für Verbrauchsgüter.

Dienstleistungsrichtlinie: Umsetzung und Evaluierung

Der Rat hat die Erläuterungen der Kommission zum Stand der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Binnenmarkt ([9475/10](#)) zur Kenntnis genommen.

Mehrere Delegationen lieferten weitere Informationen zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Richtlinie in ihr jeweiliges nationales Recht.

Der Rat nahm ferner Kenntnis von einem Bericht des Vorsitzes über die gegenseitige Evaluierung ([9327/10](#)).

Die gegenseitige Evaluierung stützt sich auf die Ergebnisse des Screenings der nationalen Rechtsvorschriften (d.h. die Ermittlung, Bewertung und – sofern erforderlich – Änderung der Anforderungen an die Dienstleistungserbringer), das von den Mitgliedstaaten in der Umsetzungsphase durchgeführt wird. Die Kommission wird nach Abschluss der Evaluierung einen Bericht für den Rat und das Europäische Parlament erstellen.

Die Dienstleistungsrichtlinie zielt auf die Beseitigung der Hindernisse für den Dienstleistungsverkehr ab, was die Zunahme grenzüberschreitender Geschäfte, Preissenkungen und eine Verbesserung der Qualität und Auswahl für die Verbraucher ermöglicht.

*

* *

Am 25. Mai haben die für den Binnenmarkt zuständigen Minister beim Mittagessen einen Gedankenaustausch über prioritäre Bereiche für eine Neubelebung des Binnenmarktes sowie über die Verknüpfungen zwischen der Integration der Waren-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Kapitalmärkte einerseits und der sozialen Dimension sowie der Bürgernähe Europas andererseits geführt. Die informelle Aussprache fand im Anschluss an eine Einführung des Präsidenten der Bocconi-Universität, Professor Mario Monti, statt, der der Kommission am 9. Mai 2010 einen Bericht über die Zukunft des Binnenmarktes vorgelegt hatte¹.

Auch der Vizepräsident der Kommission und Kommissar für Wirtschaft und Unternehmen, Antonio Tajani, der für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständige Kommissar, Michel Barnier, sowie der Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments, Malcolm Harbour, nahmen an dem Arbeitsessen der Minister teil.

¹ http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/press-releases/pdf/20100510_1_en.pdf

Strategie für Wachstum und Beschäftigung: Zielvorgaben für Forschungsinvestitionen

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die neue EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, wobei er sich auf die Ergebnisse des Dialogs zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten über die nationalen Zielvorgaben für Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) stützte.

Die Delegationen erklärten, dass sie mit der Kommission darin übereinstimmen, dass ehrgeizige und realistische nationale Zielvorgaben für FuE-Investitionen festgelegt werden sollten.

Sie begrüßten zudem, dass die Kommission weiter an der Entwicklung geeigneter Indikatoren arbeiten will, mit denen sich die positiven Effekte der Forschung für das Wirtschaftswachstum überprüfen lassen. In diesem Zusammenhang wiesen einige Minister darauf hin, dass die Mittel für die Innovationsförderung aufgestockt und gleichzeitig die vorhandenen Forschungsinstrumente effizienter eingesetzt werden müssten.

Nach Auffassung einiger Delegationen sind Vorschläge dazu erforderlich, wie Anreize geschaffen werden können, damit der Privatsektor in Forschung und Innovation investiert.

Andere Teilnehmern unterstrichen wiederum, dass es auf Bildung und attraktive Bedingungen für Wissenschaftler ankomme und dass den europäischen Bürgern eine Innovationskultur vermittelt werden müsse.

Außerdem schlugen einige Delegationen vor, die Fortschritte bei der bis 2020 angestrebten Verwirklichung der Ziele zu überwachen und zu diesem Zweck 2015 eine Halbzeitüberprüfung durchzuführen.

Der Europäische Rat hatte sich auf seiner letzten Frühjahrstagung auf einige wesentliche Bestandteile der Strategie "Europa 2020" sowie auf entsprechende Kernziele verständigt. Was den Bereich Wissen und Innovation betrifft, so sollen die öffentlichen und privaten Forschungsinvestitionen insgesamt auf 3 % des BIP gesteigert werden.

Mit Blick auf den nächsten EU-Gipfel am 17. Juni 2010 hatte der Europäische Rat die Mitgliedstaaten aufgerufen, ihre nationalen Ziele unter Berücksichtigung der Kernziele festzulegen und dabei ihrer jeweiligen Ausgangslage, ihren nationalen Gegebenheiten und ihren Möglichkeiten zur Steigerung der Forschungsausgaben hinreichend Rechnung zu tragen sowie im Rahmen eines Dialogs mit der Kommission die Vereinbarkeit mit den EU-Kernzielen zu prüfen.

Europäischer Forschungsraum - Schlussfolgerungen und Entschließung des Rates

Der Rat prüfte eingehend die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums (EFR) und nahm die folgenden Texte an:

Ausbau des EFR - Schlussfolgerungen des Rates:

[10246/10](#)

Gestaltung des EFR - Schlussfolgerungen des Rates:

[10255/10](#)

Soziale Dimension des EFR - Schlussfolgerungen des Rates

[9450/10](#)

Vereinfachte und effizientere Forschungs- und Innovationsprogramme - Schlussfolgerungen des Rates

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des EFR nahm der Rat die in Dokument [9449/10](#) enthaltenen Schlussfolgerungen an.

Schaffung eines innovativen Europas - Schlussfolgerungen des Rates

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur Schaffung eines innovativen Europas an. Diese Schlussfolgerungen sind in Dokument [9448/10](#) enthalten.

Das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (GMES) und seine ersten operativen Tätigkeiten (2011-2013)

Der Rat nahm einen Sachstandsbericht des Vorsitzes (Dok. [9862/10](#)) über den Entwurf einer Verordnung über das Europäische Erdbeobachtungsprogramm (GMES) und seine ersten operativen Tätigkeiten (2011-2013) zur Kenntnis.

Ziel des Vorschlags ist es, GMES als operatives Programm zu etablieren und zusätzliche Mittel für seine ersten operativen Tätigkeiten bereitzustellen, um schrittweise den Aufbau von Fähigkeiten bis zum Ablauf des derzeitigen Finanzrahmens der EU im Jahr 2013 zu ermöglichen und die notwendigen Lenkungsstrukturen für das Programm zu schaffen.

Der Bericht befasst sich mit den drei wichtigsten Fragen, die bei der vorgeschlagenen Verordnung noch zu klären sind, nämlich Finanzierung für den Zeitraum von 2011 bis 2013, Lenkungsstruktur sowie Datenverarbeitung und Umgang mit Informationen.

Mit dem Europäischen Parlament wurde in erster Lesung eine Einigung erzielt, die voraussichtlich nach der Abstimmung auf der EP-Plenartagung Mitte Juni bestätigt wird, so dass entsprechend dem Kommissionsvorschlag vom Mai 2009 ([10285/09](#)) weitere 107 Millionen Euro in die ersten operativen Tätigkeiten von GMES investiert werden können.

Beim Projekt GMES handelt es sich um eine Initiative unter der Führung der EU, die darauf abzielt, eine eigenständige europäische operative Fähigkeit zur Erdbeobachtung aufzubauen, um Daten über die physikalischen, chemischen und biologischen Systeme des Planeten zu sammeln oder ganz generell die natürlichen Umweltbedingungen zu überwachen. Dazu werden sowohl weltraumgestützte Systeme (d.h. Satelliten) als auch so genannte In-situ-Anlagen (also luft-, see- und boden-gestützte Einrichtungen) eingesetzt. Die mit Hilfe von Satelliten und In-situ-Anlagen erhobenen Daten werden verarbeitet, um Informationsdienste erbringen zu können, die ein besseres Umweltmanagement ermöglichen und die Sicherheit für die Bürger erhöhen.

Ostsee-Forschungsprojekt (Programm "BONUS-169")

Der Rat nahm Kenntnis von einem Bericht des Vorsitzes ([9423/10](#)) über einen Beschluss, mit dem die Beteiligung der Gemeinschaft an einem von mehreren EU-Mitgliedstaaten initiierten Ostsee-Forschungsprojekt (Programm "BONUS-169") gebilligt werden soll.

"BONUS-169" ist ein gemeinsames, von acht EU-Ländern des Ostseeraums (Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden) getragenes Forschungsprogramm zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung des Ostseeraums.

Vorrangiges Ziel ist es, wichtigen Herausforderungen in der Region wie Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung, Tourismus, Aquakultur, Lebensmittelsicherheit, Seeverkehr und in Bezug auf sozioökonomische Fragen wirksam zu begegnen.

Mit dem Europäischen Parlament wurde in erster Lesung eine Einigung erzielt, die voraussichtlich nach der Abstimmung auf der EP-Plenartagung Mitte Juni bestätigt wird, so dass die EU insgesamt bis zu 50 Millionen Euro für die gesamte Laufzeit des Projekts bereitstellen kann.

Das Programm "BONUS-169", das mit den Zielen der europäischen Strategie für die Meeresforschung und die maritime Forschung sowie der Strategie der Union für den Ostseeraum im Einklang steht, ist als Pilotmodell für weitere ähnliche regionale Initiativen anzusehen.

Kernfusion: Versuchsreaktor ITER

Die Minister führten einen Gedankenaustausch über den Stand und den weiteren Fortgang des ITER-Projekts für Kernfusionsforschung¹; dabei ging es um die Aufstellung eines soliden und tragfähigen Finanzrahmens für den Bau des thermonuklearen Reaktors unter Berücksichtigung der geschätzten Kostensteigerungen.

Der Rat bekräftigte, dass er alles daran setzen wird, damit das ITER-Projekt ein Erfolg wird. Alle Mitgliedstaaten betonten, dass das Projekt wichtig sei und dass rechtzeitig eine Lösung für das Finanzierungsproblem gefunden werden müsse. Dabei verwiesen sie auch auf die strategische Bedeutung des Projekts für die Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Der Vorsitz schlug deshalb vor, eine Task Force einzurichten, die Optionen für eine dauerhafte Lösung prüfen soll.

Die Beratungsergebnisse der Task Force sollen als Grundlage für die Arbeit der Vorbereitungsgremien des Rates dienen; anschließend sollen auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) – im Vorfeld der Tagung des ITER-Rates – weitere Beratungen stattfinden.

Der Rat beriet auf Grundlage einer Kommissionsmitteilung vom 4. Mai ([9424/10](#)), in der in Bezug auf die Finanzierung und Verwaltung Optionen für die Fortsetzung des Projekts erörtert werden.

Im November 2009 hatte der Rat die Kommission ersucht, die finanzielle Lage zu prüfen und zu untersuchen, welche Rahmenvorgaben erfüllt sein müssen, damit das Projekt zu akzeptablen Kosten und mit hinnehmbaren technischen Risiken erfolgreich verwirklicht werden kann, wozu insbesondere Kostenschätzungs- und Kosteneindämmungsstrategien, ein realistischer Zeitplan und eine solide Leitung des Projekts zählen.

Das ITER-Projekt wird im Rahmen eines internationalen Übereinkommens² zwischen der EU und sechs anderen Ländern (China, Indien, Japan, Korea, Russland und USA) durchgeführt, das im Oktober 2007 in Kraft getreten ist. Das Übereinkommen hat zunächst eine Laufzeit von 35 Jahren für den Bau (10 Jahre), den Betrieb (20 Jahre) und die Deaktivierung (5 Jahre) der ITER-Anlagen. Der Standort für die Errichtung des ITER liegt in Cadarache (Frankreich).

* * *

Während eines Arbeitssessens am 26. Mai, an dem auch die Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, Frau Máire Geoghegan-Quinn, teilnahm, erörterten die Forschungsminister das Thema "Bisherige Fortschritte und künftige Herausforderungen in Bezug auf den Ausbau des Europäischen Forschungsraums: Prioritäten angesichts der Wirtschaftskrise".

¹ <http://www.iter.org/>

² ABl. L 358 vom 16.12.2006, S. 62-80.

SONSTIGES

Elektromobilität in Europa

Der Rat nahm Kenntnis von einer gemeinsamen Erklärung Frankreichs, Deutschlands, Portugals und Spaniens zur Elektromobilität in Europa entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen ([10199/10](#)). In dieser Erklärung wird festgestellt, dass das Elektrofahrzeug künftig in den Mittelpunkt von Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeitsperspektiven unter Nutzung von Synergien in den Bereichen Forschung, Innovation, industrielle Entwicklung und Nachhaltigkeit gerückt werden muss. Ferner wird die Europäische Kommission aufgerufen, finanzielle Unterstützung für Pilotprojekte im Bereich der Elektromobilität, insbesondere für transnationale Projekte, bereitzustellen.

Schiffbau

Der Rat nahm Kenntnis von Informationen des Vorsitzes ([10040/10](#)) und der Kommission zur Lage und den Perspektiven der europäischen Schiffbauindustrie ([9840/10](#)). Diese Informationen bezogen sich insbesondere auf die Möglichkeiten, die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise in diesem Sektor anzugehen, und zwar durch die Förderung der Nachfrage nach sichereren und umweltfreundlicheren Schiffen, den verbesserten Zugang zu Finanzmitteln, die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen, die Förderung von Forschung und Innovation und ein erneutes Eintreten für bessere Arbeitsplätze im Schiffbau.

Informelle Tagung der Minister für Tourismus

Der Vorsitz legte einen Informationsvermerk über die informelle Tagung der Minister für Tourismus vor, die am 14./15. April 2010 in Madrid stattgefunden hatte ([9864/10](#)). Diese Tagung bot Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über künftige Entwicklungen und Maßnahmen im Tourismussektor in Europa. Die Minister nahmen auch eine Erklärung zu einem neuen Modell für Sozialtourismus an.

Gemäß Artikel 195 des Vertrags von Lissabon ergänzt die Union die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Tourismussektor, insbesondere durch die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Sektor.

Rechtsrahmen für Glücksspiele und Wetten

Der Rat nahm Kenntnis von einem Bericht des Vorsitzes über das Ergebnis der Beratungen über den Rechtsrahmen für Glücksspiele und Wetten ([9495/10](#)). Unter spanischem Vorsitz lag der Schwerpunkt der Beratungen insbesondere auf der Definition und den negativen Auswirkungen illegaler Glücksspiele.

Digitale Agenda für Europa

Die Kommissionsmitglieder Neelie Kroes und Michel Bannier erläuterten die am 19. Mai 2010 veröffentlichte Mitteilung "Digitale Agenda für Europa"¹, die eine der sieben Leitinitiativen im Rahmen der Strategie "Europa 2020" ist.

Diese Initiative legt den Schwerpunkt auf politische Maßnahmen in sechs Kernbereichen: ultraschneller Internetzugang, ein digitaler Binnenmarkt, eine nachhaltige digitale Gesellschaft, Vertrauen und Sicherheit, Forschung und Innovation sowie offene Standards und Interoperabilität.

Diese Initiative wird auf der nächsten Tagung des Rates (Telekommunikation) am 31. Mai 2010 erörtert.

Verbraucherbarometer

Die Kommission stellte den ersten Teil des 3. Verbraucherbarometers vor, dessen Schwerpunkt auf der Integration des EU-Einzelhandelsmarktes liegt ([9821/10](#) und [9821/10 ADD1](#)). Darin wird festgestellt, dass der Einzelhandelsmarkt von einer Integration noch weit entfernt ist und anhaltende Anstrengungen zur Beseitigung noch bestehender Hindernisse, insbesondere im Bereich der digitalen Wirtschaft, erforderlich sind.

Ab 2010 wird das Verbraucherbarometer in zwei Teilen veröffentlicht; der zweite Teil erscheint im kommenden Herbst.

Im Rahmen seiner Ausführungen verwies Kommissionsmitglied John Dalli auch auf die von der Kommission am 12. Mai 2010 angenommene Empfehlung zur Verwendung einer harmonisierten Methodik zur Klassifizierung und Meldung von Verbraucherbeschwerden und Verbrauchieranfragen ([9821/10](#)).

Rechtsvorschriften zur Etikettierung von Textilerzeugnissen

Der Rat nahm Kenntnis von den ersten Bemerkungen der Kommission ([10120/10](#)) zu der Stellungnahme zur Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften zur Etikettierung von Textilerzeugnissen, die das Europäische Parlament am 18. Mai 2010 nach der Abstimmung in erster Lesung angenommen hat.

Die Kommission hatte 2009 einen Vorschlag zur Vereinfachung des Regelungsumfelds für die Etikettierung von Textilerzeugnissen und zur Förderung der Innovation in der Textilindustrie vorgelegt.

Dieser Vorschlag wird derzeit auf Ratsebene von einer Gruppe von Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten erörtert.

¹ http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/documents/digital-agenda-communication-de.pdf

Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)

Der Rat nahm Kenntnis von den Vorbereitungen für die Einrichtung der ersten drei Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC) des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) für die folgenden Themen: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ("Climate KIC"), nachhaltige Energie ("InnoEnergy") und künftige Informations- und Kommunikationsgesellschaft ("EIT ICTLabs") ([9917/10](#)).

Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST)

Der Rat nahm Kenntnis von einem Antrag der portugiesischen Delegation, im Rahmen des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) die Zukunftsperspektiven für COST zu erörtern ([9918/10](#)).

Dieser Antrag wurde von der Tschechischen Republik, den Niederlanden und Italien unterstützt.

COST ist eines der ältesten europäischen Instrumente zur Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Forschern. Der zwischenstaatliche Rahmen wurde 1971 geschaffen und umfasst derzeit 36 Länder. COST erhält für seine Koordinierungstätigkeiten Finanzmittel aus den Forschungsrahmenprogrammen der EU.

Strategisches Forum für die internationale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (SFIC)

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen der deutschen Delegation zum ersten Jahresbericht über die Tätigkeiten des SFIC ([1354/10](#)).

Initiative "Herausforderung 2030": Agenda der Bürger für Wissenschaft und Innovation

Die Forschungsminister wurden über die Ergebnisse der Initiative "Herausforderung 2030: Agenda der Bürger für Wissenschaft und Innovation" informiert; es handelt sich um ein Projekt des Vorsitzes, das es den Bürgern Europas ermöglicht, über das Internet (www.reto2030.eu) die Herausforderungen im Bereich Wissenschaft und Innovation auszuwählen, die es künftig zu bewältigen gilt.

Die Initiative "Herausforderung 2030" ist partizipatorisch angelegt, wobei Experten wissenschaftliche Herausforderungen für die Zeit bis 2030 vorgeschlagen haben. Die Bürger wählen diejenigen Herausforderungen aus, denen ihres Erachtens Priorität eingeräumt werden sollte. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden an die politischen Entscheidungsträger weitergeleitet.

Arbeitsprogramm des nächsten Vorsitzes

Die belgische Delegation unterrichtete den Rat über das Arbeitsprogramm des belgischen Vorsitzes im zweiten Halbjahr 2010 im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit. Die Prioritäten stehen im Einklang mit dem gemeinsamen Programm des spanischen, des belgischen und des ungarischen Vorsitzes für den Zeitraum Januar 2010 bis Juni 2011 ([16771/09](#)).

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Konferenz zur Revision des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs – Schlussfolgerungen des Rates

Der Rat nahm die in Dokument [9809/10](#) enthaltenen Schlussfolgerungen an.

EU-Mission zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in Guinea-Bissau

Der Rat erließ einen Beschluss zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2008/112/GASP betreffend die Mission der Europäischen Union zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in der Republik Guinea-Bissau ("EU SSR GUINEA-BISSAU") (9140/10).

Im Hinblick auf eine bis Juli 2010 auf der Grundlage einer strategischen Überprüfung und der Entwicklungen vor Ort zu treffende endgültige Entscheidung über das weitere Engagement in Guinea-Bissau wird die Mission EU SSR GUINEA-BISSAU bis zum 30. September 2010 verlängert.

Der Rat hatte im Februar 2008 die Gemeinsame Aktion 2008/112/GASP¹ betreffend die Mission EU SSR GUINEA-BISSAU angenommen; diese Gemeinsame Aktion galt bis zum 31. Mai 2009.

JUSTIZ UND INNERES

Drogenausgangsstoffe: Funktionsweise und Durchführung der EU-Rechtsvorschriften – Schlussfolgerungen des Rates

Der Rat nahm die in Dokument [8427/10](#) enthaltenen Schlussfolgerungen an.

Drogen – Mephedron

Der Rat fasste einen Beschluss, in dem verlangt wird, dass die Risiken, die mit dem Konsum und der Herstellung von Mephedron (4-Methylmethcathinon) sowie dem illegalen Handel damit verbunden sind, die Beteiligung der organisierten Kriminalität und die möglichen Folgen von Kontrollmaßnahmen nach den im Beschluss 2005/387/JI (ABl. L 127 vom 20.5.2005) dargelegten Verfahren bewertet werden.

¹ ABl. L 40 vom 14.2.2008, S. 11.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

Zusammenarbeit mit dem EWR im Bereich der europäischen öffentlichen Verwaltung

Der Rat nahm einen Beschluss über den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss von der EU zu vertretenden Standpunkt betreffend die Zusammenarbeit in Bereichen außerhalb der vier Freiheiten an. Der gebilligte Standpunkt der EU zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedern des EWR (Island, Liechtenstein, Norwegen) im Bereich der europäischen öffentlichen Verwaltung (ISA) mit Wirkung vom 1. Januar 2010 auszuweiten.

GESELLSCHAFTSRECHT

Verknüpfung von Unternehmensregistern – *Schlussfolgerungen des Rates*

Der Rat nahm die in Dokument [9678/10](#) enthaltenen Schlussfolgerungen an.

LANDWIRTSCHAFT

Futtermittel und Pestizide - Ausschussverfahren

Der Rat beschloss, die Annahme der nachstehenden vier Verordnungen durch die Kommission nicht abzulehnen:

- Verordnung zur Änderung der Verordnung 767/2009 hinsichtlich des Verbots, Protein-erzeugnisse, die aus auf n-Alkanen gezüchteten Hefen der Art *Candida* gewonnen werden, in Verkehr zu bringen oder in der Tierernährung zu verwenden ([7637/10](#));
- Verordnung zur Änderung der Verordnung 396/2005 hinsichtlich der Rückstandshöchstgehalte für bestimmte Pestizide in oder auf bestimmten Erzeugnissen ([7069/10](#));
- Verordnung zur Änderung der Verordnung 396/2005 hinsichtlich der Rückstandshöchstgehalte für bestimmte Pestizide in oder auf bestimmten Erzeugnissen ([8924/10](#));
- Verordnung zur Änderung der Verordnung 396/2005 hinsichtlich Ergänzungen und Änderungen der Beispiele für verwandte Arten oder andere Erzeugnisse, für die der gleiche RHG gilt ([8056/10](#)).

Nach dem Regelungsverfahren mit Kontrolle kann der Rat einen Rechtsakt ablehnen, wenn dieser über die für die Kommission vorgesehenen Durchführungsbefugnisse hinausgeht oder mit dem Ziel oder dem Inhalt des Basisrechtsakts nicht vereinbar ist oder aber gegen die Grundsätze der Subsidiarität oder Verhältnismäßigkeit verstößt, selbst wenn der Regelungsausschuss zuvor die erwo-genen Maßnahmen befürwortet hat.

VERKEHR

EU/Mexiko – Abkommen über Luftverkehrsdienste *

Der Rat fasste einen Beschluss über die Unterzeichnung eines Abkommens über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten mit Mexiko (7158/2/09).

ZOLLUNION

Internationaler Schienengüterverkehr – Verfahren beim Grenzübertritt

Der Rat erließ einen Beschluss über den im Rahmen des Internationalen Übereinkommens zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen von der EU zu vertretenden Standpunkt in Bezug auf eine Änderung des Übereinkommens im Hinblick auf die Vereinfachung von Verfahren beim Grenzübertritt im internationalen Schienengüterverkehr.

HANDELSPOLITIK

Antidumping – Silicium aus China und Korea

Der Rat erließ eine Verordnung zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Silicium mit Ursprung in China, ausgedehnt auf Einfuhren von aus der Republik Korea versandtem Silicium, ob als Ursprungserzeugnis der Republik Korea angemeldet oder nicht, im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung und eine teilweise Interimsüberprüfung nach der Verordnung 1225/2009 ([9308/10](#)).

ERNENNUNGEN

Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)

Der Rat ernannte den Präsidenten, den Vizepräsidenten, den Präsidenten der Beschwerdekammern sowie die Vorsitzenden dreier Beschwerdekammern des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) ([9453/10](#)):

- Herrn António-Serge DE PINHO CAMPINOS zum Präsidenten;
- Herrn Christian L.L.G. ARCHAMBEAU zum Vizepräsidenten;
- Herrn Paul Alexandre MAIER zum Präsidenten der Beschwerdekammern;
- Herrn Théophilos MARGELLOS, Herrn Tomás DE LAS HERAS LORENZO und Herrn Detlef Michael SCHENNEN zum Vorsitzenden einer Beschwerdekammer.

Ausschuss der Regionen

Der Rat ernannte Herrn Jan BOYE (Dänemark) zum Mitglied des Ausschusses der Regionen für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015 ([9509/10](#)).
